

## Protokoll

über die 21. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag  
dem 08.06.2015, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

---

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:35 Uhr

### Anwesend:

#### CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener  
Herr Christian Fuchs  
Frau Heidemargret Garling  
Herr Michael C. Kissig

Fraktionsvorsitzender,  
stellv.Ausschussvorsitzender, i.V.f.Herrn  
Dr.Stephan Bakan  
1. stellv. Bürgermeister

Herr Peter Kramer

#### WSI:

Frau Renate Palm  
Herr Andreas Schnieber

i.V.f.Herrn Dr. Stephan Bakan  
2. stellv. Bürgermeister

#### Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer  
Herr Olaf Wuttke

Fraktionsvorsitzender

#### SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis  
Herr Wolfgang Rüdiger

Fraktionsvorsitzende

#### FDP-Fraktion:

Herr Waldemar Herrmann

#### Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

i.V.f.Herrn Dr. Murphy

#### Seniorenbeirat:

Frau Dr. Sigrun Klug

i.V.f.Herrn Camien

#### Jugendbeirat:

Herr Christian Koch

#### Umweltbeirat:

Herr Harm Dorbandt



## **Verwaltung:**

Herr Jörg Ameling  
Herr Rolf Jagemann  
Herr Klaus Lieberknecht  
Herr Niels Schmidt  
Herr Volkmar Scholz  
Frau Martina Weisser

Bürgermeister, bis 20.15 Uhr

Schriftführerin

## Gäste:

Oliver Gabriel Wedel-Schulauer-Tageblatt

Es fehlte entschuldigt:

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan Ausschussvorsitzender

## **Fraktion DIE LINKE:**

Herr Dr. Detlef Murphy Fraktionsvorsitzender

## **Seniorenbeirat:**

Herr Karl-Heinz Camien

Um 19.00 Uhr begrüßt Herr Kissig alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Er entschuldigt Herrn Dr. Bakan, der heute nicht anwesend sein kann.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

## Beschluss

**TOP 8 und 9 werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.**

Da keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorliegen, wird die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten:

- 1.) Einwohnerfragestunde
  - 2.) Anhörung der Beiräte
  - 3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 20. Sitzung vom 11.05.2015
  - 4.) Schriftliche Anfragen
    - 4.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2015  
hier: Rechtstreitigkeiten der Stadt Wedel
  - 5.) Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln



**hier: Unterkunft Feldstraße**  
**Vorlage: BV/2015/065**

- 6.) **Klimaschutzkonzept für die Stadt Wedel**  
**hier: Sachstand Mai 2015**  
**Vorlage: MV/2015/042**

7.) **Mitteilungen und Anfragen**

- 7.1 **Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen**
- 7.2 **Kompensation der gekürzten Kreditermächtigung**  
**Vorlage: MV/2015/052**

**Unter Ausschluss der Öffentlichkeit**

8.) **Mitteilungen und Anfragen**

- 8.1 **Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen**
- 8.2 **Bericht der Stabsstelle Prüfdienste über die Prüfung der Jahresrechnung 2011 der Stadt Wedel; Stellungnahme des Bürgermeisters**  
**Vorlage: MV/2015/044**

9.) **Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 20. nichtöffentlichen Sitzung vom 11.05.2015**

**öffentlich**

10.) **Unterrichtung der Öffentlichkeit**

1.) **Einwohnerfragestunde**

Es werden von keiner Einwohnerin und von keinem Einwohner Fragen gestellt.

2.) **Anhörung der Beiräte**

Frau Dr. Klug vom Seniorenbeirat informiert die Anwesenden über den Gesundheitszustand von Herrn Camien.

Herr Koch für den Jugendbeirat teilt mit, dass das geplante Jugendsportturnier ausfallen muss, weil das JRG am selben Tag auch eine Sportveranstaltung durchführt.

3.) **Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 20. Sitzung vom 11.05.2015**

Herr Kissig möchte, dass auf Seite 6 im 3.letzen Absatz der letzte Satz gestrichen wird. Er hat diesen Satz zwar so, wie er im Protokoll steht, geäußert, allerdings ist der Satz nur im Zusammenhang mit seinem gesamten Wortbeitrag zu verstehen, der sich nicht vollständig im Protokoll wiederfindet.



Herr Fuchs möchte, dass auf Seite 4 unter TOP 5 eine Ergänzung nach dem vorletzten Satz folgt. Wie in dem vorletzten Satz zu lesen, hatte er „Nachfragen“, gestellt, es wurde aber nur die Beantwortung zu 1 Frage protokolliert.

Er wünscht die folgende Ergänzung:

„Herr Fuchs fragt außerdem nach, warum die sonstigen Ausgaben mit über 18.000,--€ so unüblich hoch sind. Herr Cybulski erklärt, dazu, dass hiervon die Bänke in der Bahnhofstraße finanziert wurden.“

Weitere Änderungswünsche gibt es nicht. Es hat auch niemand einen Änderungswunsch zum Sonderprotokoll, so dass hierüber bereits unter diesem TOP mit beschlossen werden kann.

Der Ausschuss beschließt mit 11:0:2 Stimmen über die Genehmigung des gesamten Protokolls (ja/nein/Enthaltungen):

#### Beschluss

**Das Protokoll wird mit den 2 beantragten Änderungen genehmigt.**

#### 4.) Schriftliche Anfragen

##### 4.1.) Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2015 hier: Rechtstreitigkeiten der Stadt Wedel

Herr Schmidt teilt mit, dass die Beantwortung der Frage sehr zeitaufwändig ist und daher erst nach der Sommerpause beantwortet werden kann.

##### 5.) Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln hier: Unterkunft Feldstraße Vorlage: BV/2015/065

Herr Scholz erläutert die Beschlussvorlage mittels einer 2-seitigen Grafik. Die Flüchtlingsunterkunft wird jetzt gegenüber der ursprünglichen Planung größer gebaut, wird Platz für 50 Personen bieten und 2 Mio € kosten. Die Finanzierung soll mit rd. 1,2 Mio € aus dem Budget „BusinessPark Elbufer“ erfolgen, da im Haushalt selbst für 2015 nur rd. 800.000,--€ zur Verfügung stehen.

Im Budget BusinessPark Elbufer stehen inkl. übertragener Ermächtigungen aus 2014 ausreichend Mittel zur Verfügung. Diese waren und sind für Erschließungsmaßnahmen eingeplant. Die Erschließung wird, das betont Herr Scholz ausdrücklich, durch Ausnutzung dieser haushaltrechtlich zulässigen Verschiebung von Haushaltssmitteln nicht gefährdet.

Das von Exxon bereitgestellte Entgelt für Sanierungsmaßnahmen, auch dieses betont Her Scholz noch einmal ausdrücklich, wird nicht herangezogen, sondern, wie auch vertraglich vereinbart, ausschließlich für Sanierungsmaßnahmen verwendet.

In der längeren sich anschließenden Aussprache erklärt Herr Lieberknecht, dass die beiden ursprünglich abgängigen Unterkünfte am Moorweg und am Steinberg nun wegen der Dringlichkeit, Wohnraum vorhalten zu müssen, zunächst erhalten bleiben und jetzt die Unterkunft Feldstraße geplant wird. Für einen zusätzlichen Neubau am Steinberg prüft die Verwaltung gerade ein sog. „Investorenmodell“. Damit würde der



Neubau durch einen Investor errichtet und betrieben werden, die Stadt würde die Unterkunftsplätze anmieten. Eine eigene Finanzierung eines weiteren Neubaus am Steinberg sieht Herr Lieberknecht nicht.

Aufgrund des vor dem Abschluss stehenden Bürgerbegehrens plant die Verwaltung den Standort Feldstraße zunächst mit „gebremsten Schaum“. Es bleibt abzuwarten, ob ein Bürgerentscheid durchgeführt werden muss. Das Ergebnis wird Mitte Juli erwartet. Jetzt wird erst einmal die Entwurfsplanung vorgenommen.

Herr Kissig kritisiert, dass die Finanzierung an der Feldstraße aus Überschüssen des Budgets BusinessPark Elbufer erfolgen soll. Evtl. Überschüsse aus dem Budget sollten dem Schuldenabbau bzw. der Finanzierung anderer wichtiger Notwendigkeiten dienen. Eine geplante Finanzierung der Unterkunft Feldstraße, wie jetzt vorgestellt, hätte bereits in dem Eckwertepapier, das im letzten Monat vorgelegt wurde, aufgenommen und erläutert werden müssen.

Das Hin- und Hergeschiebe von Haushaltssmitteln muss jetzt aus Gründen der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit beendet werden. Die CDU-Fraktion schlägt daher vor, jetzt einen Cut vorzunehmen und einen Nachtragshaushalt aufzustellen. Dieses müsste der Verwaltung bis zu den letzten Sitzungen von HFA und Rat vor der Sommerpause im Juli möglich sein.

Er beantragt:

Die Verwaltung legt zu den Sitzungen des HFA und des Rates im Juli einen Nachtragshaushalt zur Beschlussfassung vor.

Herr Scholz erklärt, dass ein Nachtragshaushalt unmöglich bis zu den Juli-Sitzungen vorgelegt werden kann. Zu diesen muss bereits in ca.14 Tagen geladen werden, außerdem ist auch für einen Nachtragshaushalt der gesamte Haushalt neu aufzustellen und nicht nur teilweise für bestimmte Produkte. Daher wird es frühestens im September nach der Sommerpause möglich sein, den Nachtragshaushalt vorzulegen. Dann kann auch schon für den „richtigen“ Haushalt 2016 geplant werden. Außerdem ist auch der Nachtragshaushalt genehmigungspflichtig und muss dem Innenminister vorgelegt werden.

Herr Kissig kritisiert das geplante Verfahren weiterhin. Herr Schmidt stellt fest, dass die Unterkünfte auf jeden Fall gebraucht werden. Die entsprechende Anzahl durch Anmietungen bereitzustellen, ist schier unmöglich. Es wird auf keinen Fall möglich sein, 50 Wohnungen zur Unterbringung anmieten zu können, selbst dann nicht, wenn man außerhalb Wedels versucht, Wohnungen zu mieten.

Frau Borgmeyer führt aus, dass sie Verständnis für das Unwohlsein hat, den vorgeschlagenen Weg der Finanzierung zu gehen. Das Verfahren ist kompliziert und nicht einfach zu verstehen. Die heutigen Erläuterungen haben ihr aber zum besseren Verständnis sehr gut geholfen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten Plätze für die Unterbringung von Flüchtlingen zu schaffen. Alle wurden hinreichend diskutiert. Nun hat die Verwaltung einen Vorschlag vorgelegt, wie eine Unterkunft für 2 Mio € finanziert werden kann, nun sollte der Rat unter Betrachtung aller Möglichkeiten diesem Vorschlag zustimmen. Aufpassen muss man, dass der Überblick über die unterschiedlichen Finanztöpfe erhalten bleibt. Hier vertraut sie auf die Verwaltung.

Die teilweise kontroverse Debatte geht weiter. In dieser verdeutlicht Herr Fuchs, dass weder er noch die CDU etwas gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Wedel hat. Er möchte aber nicht in die „braune Ecke“ gestellt werden. Eine kritische



Kostendebatte muss erlaubt sein. Man muss die Folgen betrachten und diese ggf. dann auch bewusst in Kauf nehmen.

Herr Schnieber stellt fest, dass es sich um ein komplexes Thema handelt, an dem mehrere Ausschüsse und der Rat beteiligt waren und sind. Es haben sich der Planungs-, der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss sowie der Ausschuss für Jugend und Soziales und jetzt der Haupt- und Finanzausschuss mit dem Thema beschäftigt; jeder Ausschuss unter dem jeweils für ihn zuständigem Aspekt von Planungen, Bauen, Sozialem und der HFA jetzt zu den Finanzen. Er regt an, dass zukünftig nur noch 1 Beschlussvorlage vorgelegt wird, die alle Fakten enthält. Es kann für die jeweils anderen Ausschüsse bei der Entscheidungsfindung durchaus wichtig sein, welche weiteren Gesichtspunkte betrachtet wurden oder werden müssen.

Zu dem jetzigen Vorschlag der Verwaltung zur Finanzierung erklärt Herr Schnieber für die WSI, dass diese zustimmen wird. Die WSI hält den Vorschlag für umsetzbar.

Herr Kissig stimmt Herrn Schnieber hinsichtlich der Zusammenfassung mehrerer Vorlagen bei einem komplexen Thema zu und ergänzt, dass dieses auf Kreistagsebene derart gelöst wird, dass die allen Beteiligten vorgelegte Vorlage die unterschiedlichen Beschlussvorschläge getrennt aufzeigt. Jeder Fachausschuss beschließt dann nur über „sein“ jeweiliges Fachgebiet.

Herr Schmidt sagt dieses zu. Die Verwaltung hat inzwischen auch erkannt, dass es in derart komplexen Fällen besser ist, so zu verfahren.

Herr Rüdiger für die SPD-Fraktion erklärt ebenfalls die Zustimmung zur Beschlussvorlage, zumal eine spätere andere Nutzung des Gebäudes vorgesehen ist.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht. Der Ausschuss beschließt jetzt über den Antrag von Herrn Kissig mit 7:5:1 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

### **Beschluss**

**Der Antrag wird abgelehnt.**

Jetzt beschließt der Ausschuss mit 8:5:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen), dem Rat zu empfehlen:

### **Beschluss**

**Der Rat beschließt,**

**die Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln in Höhe von 511.000 € (gemäß § 95d Abs. 1 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein) sowie die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 700.000 € für 2016 (gemäß § 95f Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein) zum Zwecke des Baus einer städtischen Wohnunterkunft.**

**Die Deckung erfolgt in beiden Fällen aus dem Budget 5730-03000 „BgA BusinessPark Elbufer“.**

- 6.) **Klimaschutzkonzept für die Stadt Wedel**  
**hier: Sachstand Mai 2015**  
**Vorlage: MV/2015/042**



Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

## 7.) Mitteilungen und Anfragen

### 7.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Anfrage von Herrn Schnieber aus dem letzten Ausschuss zu möglichen Schadensersatzforderungen bei Aufhebung des Vergabeverfahrens Nordumfahrung

Herr Schmidt verliest die Antwort der Justiziarin. Die Antwort ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Anfrage von Herrn Kissig aus dem letzten Ausschuss zu den in Wedel vorhandenen Außenständen/ Forderungen

Herr Ameling teilt mit, dass 93 % der Rückstände in Wedel bearbeitet werden und die Zahlungsquote bei 35 % liegt. Damit liegt die Stadt Wedel über dem Landesdurchschnitt, der eine Bezahlquote von 30 % aufweist. Wedel bewegt sich in einem unauffälligen Bereich.

Anfrage von Herrn Kissig aus dem letzten Ausschuss zu Wortbeiträgen der Zuhörerschaft in Sitzungen von Rat und Ausschüssen

Herr Schmidt erklärt auf Anfrage, warum die Antwort noch nicht, wie zugesagt, vorliegt, dass diese aufgrund der Vielzahl zu bearbeitender Anfragen erst in der Juli-Sitzung vorgelegt werden kann.

Neue Anfrage von Herrn Wuttke zum Thema „Öffentliche/ nichtöffentliche Tagesordnungspunkte in den Einladungen“

Herr Wuttke bezieht sich auf die Aussagen der SPD-Fraktion in der letzten HFA-Sitzung. Die SPD hatte mitgeteilt, dass nach ihren aktuellen Informationen aus Kiel auch Grundstücksangelegenheiten öffentlich zu behandeln sind.

Da das Thema öffentlich/nichtöffentlich bereits mehrfach Thema im Planungsausschuss gewesen ist, fragt er jetzt die Verwaltung, ob es nicht so sein müsste, dass die Verwaltung in den Einladungen erst einmal **alle Tagesordnungspunkte** öffentlich anlegen müsste. Gibt es zu dieser Frage ggf. Dissonanzen zwischen der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Wedel, der Wedeler Hauptsatzung und der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein? Befindet sich die Verwaltung mit Blick auf die mehrfach geänderte GO noch auf dem richtigen Weg?

Herr Kissig führt aus, dass bestimmte Tagesordnungspunkte zunächst unter **voraussichtlich nichtöffentlich** angelegt werden. Das ist auch in Ordnung, damit nicht sofort und immer gleich alle Beschluss- und Mitteilungsvorlagen im Ratsinformationssystem öffentlich einsehbar sind.

Er bittet die Verwaltung um Prüfung und Beantwortung der Fragen von Herrn Wuttke.



**Neue Frage von Herrn Schnieber zur Ausschreibung Bürgermeisterwahl 2016**

Herr Schnieber erklärt, dass er die Ausschreibung / Bekanntmachung zur Bewerbersuche im Internet gefunden hat. Er möchte wissen, wann über dieses Thema im HFA gesprochen wird. Seiner Erinnerung nach wurden in der Vergangenheit vor einer Bekanntmachung einerseits der Ausschreibungstext und andererseits die Auswahl der Ausschreibungsorgane im Haupt- und Finanzausschuss besprochen und festgelegt. Wann wurde - ggf. durch Neuregelung in der Gemeindeordnung - dieses auf die Verwaltung übertragen? Gibt es einen Zeitplan?

Herr Amelung erwidert, dass es einen Zeitplan gibt. Einzelheiten kann er heute aber nicht beantworten, weil er nicht Gemeindewahlleiter ist. Gemeindewahlleiter ist Herr Waßmann, der sich im Urlaub befindet. Er sagt Prüfung und Beantwortung zu.

**7.2.) Kompensation der gekürzten Kreditermächtigung**

**Vorlage: MV/2015/052**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Herr Kissig schließt zu den beiden folgenden Tagesordnungspunkten 8 und 9 die Öffentlichkeit aus.

Herr Schmidt verlässt die Sitzung um 20.15 Uhr.

**10.) Unterrichtung der Öffentlichkeit**

Nachdem Herr Kissig die Öffentlichkeit wieder hergestellt hat, informiert er darüber, dass keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefasst wurden und dass der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zur Kenntnis genommen wurde.

Herr Kissig schließt um 21.35 Uhr die Sitzung und verabschiedet alle Anwesenden.

---

Vorsitzende/r

---

Martina Weisser  
Schriftführer/in

Datum der  
Unterschrift \_\_\_\_\_

